

Kiel, 12.11.2008

## Landtag aktuell

**Es gilt das gesprochene Wort!**  
**Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 8: Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Schleswig-Holstein (Drucksachen 16/1985neu, 16/2026, 16/2305)**

**Wolfgang Baasch:**

### **Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung wird gestärkt**

Was beschließen wir heute? In einfacher Sprache würde ich das so ausdrücken:

1. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung soll sich besonders um die Angelegenheiten von Menschen mit Behinderung kümmern.
2. Der Landesbeauftragte soll dafür sorgen, dass es Menschen mit Behinderung nicht schlechter geht als Anderen. Und mit der Gesetzesänderung von heute kümmert sich der Landesbeauftragte im Auftrag des Landtages um die Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein.
3. Der Landesbeauftragte ist die Person, an die sich die Menschen mit Behinderung und die Behindertenverbände wenden können, wenn sie Probleme haben.
4. Das ist gut für die Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein.

Dies ist mein Versuch, in einfacher Sprache unsere heutige Gesetzesberatung zu erklären.

Darüber hinaus will ich aber betonen, dass mit der heutigen Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes **die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gestärkt wird**. Der Landesbeauftragte wird in der Zukunft noch entschiedener darauf hinwirken können, dass gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung in Schleswig-Holstein geschaffen

werden. Der Landesbeauftragte kann nun **direkt auf die politischen Entscheidungen des Landtages einwirken** und unsere Gesetzgebung aktiv begleiten.

Aber nicht nur unsere Gesetzgebung hat Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, sondern auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen können erhebliche Auswirkungen haben. Diese Entwicklungen wird der Landesbeauftragte wie bisher beobachten, analysieren und diskutieren und dem Landtag in Zukunft direkt berichten.

Der Landesbeauftragte wird auch in Zukunft eine **Anwaltsfunktion für die Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein** haben. Er wird auch weiter mit Praxistipps behilflich sein und Menschen bei der Eingliederung in Gesellschaft und Beruf unterstützen. Und überall, wo es auch in unserem Bundesland noch notwendig ist, wird er um Solidarität und um Verständnis für die Situation von Menschen mit Behinderung werben. Diese Aufgabe wird bisher ganz hervorragend von Ulli Hase geleistet. Wir wollen auch in Zukunft nicht auf das Engagement von Ulli Hase und seinem Team verzichten. Für die SPD-Landtagsfraktion soll der bisherige Landesbeauftragte mit seinem Team auch weiterhin die Aufgabe des Landesbeauftragten unter „neuem Dach“ wahrnehmen.

Unsere heutige Entscheidung, die unabhängige Stellung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zu stärken, sollte auf kommunaler Seite als Signal verstanden werden, dass **auf kommunaler Ebene ebenfalls die Rechte und Einflussmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung gestärkt werden**. Wir brauchen auf kommunaler Ebene mehr Beauftragte und Beiräte für Menschen mit Behinderung - ein „Mehr“ an Einflussmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung, damit Barrieren abgebaut werden und es keine Ungleichbehandlung gibt.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen aktiv gefördert werden. Hierzu gehört auch **der umfassende Ansatz der Inklusion**, den die Landesregierung fördert und in vielen Veranstaltungen ins Land getragen hat. In der nächsten Woche wird der „5. Dialog: Inklusion“ stattfinden und sich mit dem Thema Arbeit für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein beschäftigen - oder präziser formuliert: die Forderung „Arbeiten dort, wo andere arbeiten“ in den Mittelpunkt stellen.

Mit der Diskussion um die Leitorientierung Inklusion hat die Landesregierung die Interessen und Anliegen von Menschen mit Behinderung wieder stärker in den Blickpunkt gestellt und Veränderungen in allen Bereichen angeschoben. Es ist gut, dass wir wieder mehr und verstärkt über die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung reden und dass wir sensibel auf ihre Anliegen eingehen. Dass wir umfassende Barrierefreiheit einfordern und uns für die Integration von Menschen mit Behinderung stark machen.

Eine moderne, eine „inklusive“ Politik für Menschen mit Behinderung verbindet professionelles Handeln und ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Eine Politik, die aber immer davon bestimmt sein muss, **dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt und selbstständig über ihre Geschicke entscheiden** können.

Ich darf mich bei allen an dieser Gesetzesänderung Beteiligten für die Diskussion und Unterstützung bedanken. Dieser Dank schließt auch ganz besonders den wissenschaftlichen Dienst des Landtages ein. Ein Dank auch an alle Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss, dass wir in unserer letzten gemeinsamen Sozialausschusssitzung diese Vorlage auf den Weg gebracht haben.

Um es noch einmal mit einfacher Sprache zu versuchen und meine Rede damit auf den Punkt zu bringen: Wir wollen erreichen

- dass mehr für gleiche Rechte von Menschen mit und ohne Behinderung getan wird,
- dass Menschen mit Behinderung über sich selbst bestimmen und nicht andere.

Nicht ohne Uns - mit uns!

- dass Ulli Hase sich noch besser für Menschen mit Behinderung einsetzen kann.